Kösliner Volksblatt

Das Kösliner Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen. Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 70 Pfg. — Schriftleitung und Verlag Köslin, Bergstraße Nr. 26. Fernsprech-Anschluß Nr. 49. Postscheck-Konto Danzig Nr. 1989

vorm. Fürstentumer Zeitung

General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 20 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 60 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preiserhöhung

Nr. 130. Freitag, den 6. Juni 1919. 17. Jahrgang.

Brockdorff will von Deutschlands Ehrlichkeit überzeugen.

Sozialistische Weltprotestpläne.

Tagesschau.

Die Sozialisten der Ententestaaten planen einen allgemeinen Generalstreik.

*

Neue Meutereien kommen auf französischen Kriegsschiffen vor Libau vor.

*

Graf Brockdorff-Rantzau bezeichnete in einer Unterredung das deutsche Angebot als äußerste Grenze unserer Nachgiebigkeit.

*

Die Kösliner Stadtverordnetenversammlung mußte infolge Beschlußunfähigkeit bei einem Antrag auf Einstellung der Zahlungen an den Arbeiterrat vorzeitig auseinandergehen.

Eine Unterredung mit Brockdorff-Rantzau.

Der Vertreter der „Kölnischen Zeitung" in Versailles hatte eine Unterredung mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau in der dieser u. a. sagte:

Die großen finanziellen Opfer können von Deutschland nur unter der Voraussetzung gebracht werden und sind auch nur unter der Voraussetzung angeboten worden, daß man auf der Gegenseite die deutschen Gegenvorschläge gewissermaßen als ein zusammenhängendes Ganzes auffaßt, von dem nicht wichtige Teile losgelöst werden können, ohne den ganzen Bau in die Gefahr eines Zusammensturzes zu bringen. Diese Gegenvorschläge sind auch nicht als „Bedingungen" aufzufassen, wir haben nicht die Wahl des Siegers, diese oder jene Leistungen je nach Wunsch anbieten zu können, sondern der Entwurf bildet die äußerste Grenze bis zu der wir nach unserer ehrlichen Ueberzeugung gehen könnten, ohne Versprechungen ins Blaue hineinzumachen, welche dann doch nicht gehalten werden können. Mir ist der Vorwurf nicht verständlich, der in der letzten Zeit in der gegnerischen Presse erhoben wurde, daß wir in unseren Gegenvorschlägen mit der Anmaßung von Nichtbesiegten aufgetreten wären. Die Delegierten haben sich von den besten und ernsthaftesten Kennern deutscher Leistungsfähigkeit beraten lassen. So ist u. a. das finanzielle Anerbieten zustande gekommen, das auf Jahrzehnte hinaus ein Höchstmaß deutscher Arbeit in den Dienst unserer Vertragspflicht stellt. Jeder Unbefangene muß hierin, wenn er nicht von Haß verblendet ist, den unverbrüchlichen guten Willen Deutschlands sehen, im Interesse einer friedlichen Lösung den Gegner entgegen zu kommen. Mehr anzubieten, wäre unmöglich gewesen. Wir wollen einen dauernden Frieden und Erholung für die Menschheit nach unsäglichen Leiden. Aber gerade deshalb können und dürfen wir nicht weiter gehen, als nach unserer besten Ueberzeugung dieses für alle so notwendige Ziel, nicht gefördert wird. Ich glaube, daß wenn wir in

mündliche Verhandlungen

eintreten könnten, sich eine Verständigung viel rascher erzielen ließe und viele Mißverständnisse aufgeklärt werden könnten. Es ist nicht einzusehen, weshalb eine mündliche Aussprache verweigert wird. Wir wünschen sie nicht etwa in der Hoffnung, die Gegner dadurch übertölpeln zu können. Abgesehen davon, daß es mir im Innersten widerstrebt, schätze ich ihre Urteilskraft zu hoch, um mir irgend einen Erfolg von einem solchen Versuch zu versprechen. Was ich erstrebe, ist im Gegenteil eine bessere Gelegenheit, von Deutschlands Ehrlichkeit zu überzeugen, als sie der Wechsel von Noten bietet, um die Grundlagen für ein Zusammenarbeiten der Völker herzustellen, welches in der neuen Welt friedlichen Geistes unbedingt erreicht werden muß.

Der britische Standpunkt.

„Daily News" melden aus Paris:

Im Anschluß an die englische Ministerratssitzung, die Ende der letzten Woche abgehalten wurde, wurden zwei Vollsitzungen der britischen Reichsräte abgehalten. Der britische Standpunkt ist der, daß die deutschen Gegenvorschläge genau geprüft und daß, wenn sie in irgendeiner Hinsicht für eine gute Widerlegung der Bemerkungen des Verbandes angesehen werden müssen, das Abkommen im Einklang damit beendet werden muß. Es besteht kein Grund zu der Behauptung, daß das Abkommen nur im Einzelnen umgeändert werden kann. Es kann in jeder Hinsicht geändert werden, sobald die Verbündeten zu der Ueberzeugung gelangen, daß diese Aenderung notwendig sei.

Wilsons Standpunkt.

Die „Daily Mail" meldet aus Paris vom 3. Juni:

Wilson steht mit der ganzen amerikanischen Abordnung bedingungslos auf dem Standpunkt, daß der Vertrag geändert werden muß. Man glaubt nicht, daß Lloyd George weiß, daß sich ein energischer Einfluß zur Verbesserung des Vertrages geltend macht.

Die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge.

Aus Paris wird gemeldet:

Der Viererrat hat die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge fortgesetzt. Am Donnerstag wird die Antwort festgestellt werden.

Der sozialistische Weltprotest.

In einer stark besuchten Volksversammlung in Mailand sprachen die englischen Sozialisten Magdonald und Buxton, der französische Longnet, der italienische Turati und andere gegen den Gewaltfrieden und teilten mit, daß in den vorausgegangenen Beratungen eine Einigung über eine gleichzeitig in Frankreich, England und Italien vorzunehmende Protestunternehmung gegen die Vergewaltigung der sozialistischen Republiken Rußland, Ungarn und Deutschland zustande gekommen sei.

Wie der „Daily Herald" meldet, fand am 30. Mai in der Essex-Hall in London eine Protestversammlung gegen die frevelhaften Friedensbedingungen mit Deutschland statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Friedensbedingungen protestiert wird, die eine Verletzung der Waffenstillstandsbedingungen, eine Vergewaltigung der Grundsätze, von denen die britischen Staatsmänner bei der Fortsetzung des Krieges geleitet wurden, und die Vernichtung des Völkerbundes bedeuten. Philipp Snowden, der mit ungeheurem Beifall begrüßt wurde, führte Präsident Wilsons Reden an, in denen dieser für die Notwendigkeit einer Wiederauferstehung Deutschlands eintritt. Jerome K. Jerome erklärte, England sei siegestrunken, man müsse warten, bis es wieder nüchtern sei. Dieser Frieden zur Ermordung des Friedens, den der Rat der Vier festgesetzt habe, würde der schmutzigste Fetzen Papier sein, der die Geschichte der Welt besudelt habe.

*

Die Nachrichten aus Frankreich zeigen das immer stetige Wachsen der französischen Streikbewegung. Zwar haben die Arbeiter Front gegen den Gewaltfrieden gemacht, doch fragt es sich, ob sie ihre Forderungen gegenüber den Gegenmaßnahmen der französischen Regierung aufrechterhalten können. Die Schuld an diesen Streiks trägt zweifellos Clemenceaus überhebende Haltung in der Beantwortung der deutschen Note über die Regelung des internationalen Arbeiterrechtes. Wie wir schon berichteten, soll am 15. Juni ein einmütiger Generalstreik der Arbeiter Frankreichs, Englands und Italiens gegen den Gewaltfrieden stattfinden.

Ein neuer bolschewistischer Vorfall in der französischen Marine.

Französischer Marineaufstand in Libau.

Am Sonnabend hißten die Mannschaften des im Hafen von Libau liegenden französischen Kriegsgeschwaders die rote Flagge und verlangten von den Offizieren die sofortige Rückkehr nach Frankreich. Ihre Forderung wurde bewilligt.

Von französischer Seite wird der Vorfall in Abrede gestellt und erklärt, daß es sich um Flaggen, die zum Trocknen aufgehängt waren, gehandelt habe, unter denen sich auch einige rote befunden hätten.

Mackensen.

Von D. Reinhard Mumm, M. d. R.

Ist es möglich, in der Gegenwart sich ein Empfinden für einzelne Persönlichkeiten zu wahren, so soll der Name des Generalfeldmarschalls August von Mackensen in der ersten Reihe stehen. Auf Schloß Futak ist schutzlos der Willkür der Franzosen preisgegeben, seit der letzten ungarischen Umwälzung selbst von jeder deutschen Zeitung abgesperrt der Feldherr, dessen westgalizische Durchbruchsschlacht vom Mai 1915 gleich seinem zweifachen Donauübergang die Geschichte aller Zeiten zu den größten strategischen Ruhmestaten rechnen wird. Unbesiegt ward er interniert, weil er 200 000 deutsche Soldaten vor der Internierung gerettet hat, sich selbst mußte er preisgeben.

Nach seiner Abfahrt von Bukarest am 10. November 1918 hatte sich das Oberkommando zunächst nach Hermannstadt in Siebenbürgen begeben, um von dort aus den Weitermarsch oder den Bahntransport der aus Rumänien über die Karpathenpässe zurückflutenden Divisionen zu leiten. Schon damals erließ der Generalfeldmarschall angesichts der unsicheren Gesamtlage einen Armeebefehl, in dem er sagte, er werde sich erst mit den letzten seines Heeres in die Heimat begeben. Es gelang in den kommenden Wochen, den größten Teil des Heeres abzurollen, während die Rumänen in Siebenbürgen, die Franzosen in Rumänien langsam nachrückten. Das Oberkommando Mackensen ging nach Gr.-Wardein; der Generalfeldmarschall nahm im Schloß des Erzbischofs Wohnung. Als Mackensen sich, um für alle Fälle in der Nähe seiner Leute zu bleiben, nach dem Schloß Papa des Fürsten Esterhazi, nahe bei dem Internierungslager Esot begeben wollte, wurde er auf der Durchfahrt in Ofen-Pest gewaltsam angehalten und in Schloß Foth, nördlich von Ofen-Pest, zunächst unter ungarischer, dann unter französischer Bewachung interniert; von dort wurde er durch die Franzosen widerrechtlich nach dem Schloß Futak bei Neusatz an der Donau überführt, wo er sich heute noch befindet.

Bis auf geringe seinerzeit in Kronstadt und Rumänien festgehaltene Teile der Armee ist somit Generalfeldmarschall von Mackensen allein das Opfer seiner altpreußischen Pflichtauffassung geworden.

Gott gebe dem deutschen Volke auch in der kommenden Zeit Männer, denen die Pflichterfüllung alles ist; Gott schenke dem Feldmarschall, daß er am 1. Oktober, an dem Tage, da er auf 50 Jahre Heeresdienst zurückblicken kann, wieder bei den Seinen weilt!

Preußische Landesversammlung.

29. Sitzung, Dienstag, den 3. Juni 1919.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Schloßmann (Dem.) erklärt Kultusminister Hänisch: Wenn weibliche Bildungsanstalten an einem Orte nicht vorhanden sind, so können Mädchen auch in Bildungsanstalten für Knaben aufgenommen werden.

Auf eine Beschwerde des Abg. Blank (Welfe) über die Weiterführung des Mittellandkanals ohne Befragung der Landesversammlung erklärt Unterstaatssekretär Petera, daß die Reichsregierung alle Landesregierungen aufgefordert habe, Notstandsarbeiten in Angriff zu nehmen. Da nun als übereinstimmender Wunsch des Hauses die Weiterführung des Mittellandkanals angenommen werden kann, hat die Staatsregierung dieser Arbeiten beginnen lassen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dallmer (Deutschn.) erwidert Ministerialdirektor Meister, daß die Regierung bemüht gewesen ist, eine möglichst weitgehende Einstellung von Kriegsbeschädigten bei Staatsbehörden herbeizuführen.

Auf eine Anfrage des Abg. Rosenfeld (Unabh. Soz.) über die kommunalen Arbeiterräte erwidert Ministerialdirektor Meister: Eine Kontrolle der neugewählten Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen durch ein anderes Organ muß als mit den Grundsätzen der Demokratie im Widerspruch stehend, abgelehnt werden. (Gelächter bei den Unabh. Soz.) Die Gemeindevertretungen haben selbst die Kontrolle über den Gemeindevorstand auszuüben und unterliegen ihrerseits nur der Kontrolle der Wählerschaft. (Beifall.)

Auf die Anfrage der Abg. Frau John (Soz.) über die Wählbarkeit der Frauen in die Magistrate wird erwidert, daß die über die Neuwahl der Gemeindevertretungen ergangene Verordnung das Wahlrecht der Frauen in die Magistrate nicht berührt. Zur Aenderung dieses Zustandes bedürfte es eines Gesetzes, für das die Vorbereitungen bereits in Angriff genommen seien.

Abg. Witzke (Soz.) wünscht Aufhebung der für die Schiffe im Mittellandkanal angeordneten Herabsetzung der Bemannungsziffer, um der Arbeitslosigkeit in der Binnenschiffahrt entgegenzuwirken. Die betreffenden Maßnahmen, erklärt ein Regierungsvertreter, sind bereits getan.

Eine weitere Anfrage der Demokraten bezieht sich auf die Bildung eines selbständigen Staates Groß-Thüringen unter Einbeziehung preußischer Gebietsteile.

Unterstaatssekretär Göhre: Die Regierung hält die Bildung eines Großthüringen auch ohne Einbeziehung preußischer Gebietsteile für möglich

Vom Regierungstisch wird auf die Anfrage des Abg. Garnisch betreffend des unberechtigten Tragens von Militäruniformen erwidert, daß die Regierung die Notwendigkeit der Abstellung dieser Mißstände anerkennt.

Zur ersten Beratung steht hierauf der

Gesetzentwurf betreffend die Gemeindeeinkommenbesteuerung

im Rechnungsjahr 1919.

Finanzminister Dr. Südekum: Auch diese Vorlage verfolgt den Zweck, der schwerbedrohten Bevölkerung ihre Lebenslage zu erleichtern. Nach unserer Vorlage sollen die Einkommen unter 5000 Mark durch Gemeindebeschluß entlastet und der Fehlbetrag durch eine entsprechende Belastung der Einkommen über 5000 Mark wiedergewonnen werden können.

Auf Antrag des Abg. Haas (Soz.) geht die Vorlage ohne weiteres an den Gemeindeausschuß.

In 1. und 2. Lesung wird ein Antrag des Aeltestenrats angenommen, das Gesetz über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens dahin abzuändern, daß die Staatsschuldenkommission aus 10 Abgeordneten der Landesversammlung und dem Präsidenten der Oberrechnungskammer besteht.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Landeskulturbehörden.

Der Ausschuß schlägt eine Entschließung vor, wonach bei der notwendig werdenden beschleunigten Vermehrung der Kulturbehörden alsbald Vorsorge für eine sachgemäße Ausbildung genügender Beamtenkräfte zu treffen ist.

Nach kurzen Darlegungen der Abgeordneten v. Kries (Deutschn.), Pätzel (Soz.), Stendel (D. Vpt.), Bollert (Dem.) des Landwirtschaftsministers Braun, der Abg. Hiertsiefer (Ztr.) und Mehrhof (Unabh. Soz.) wird das Gesetz in dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung der förmlichen Anfrage des Abg. Thaer (D. Vpt.), die auch von den Deutschnationalen, dem Zentrum und den Demokraten unterstützt wird, über die Maßnahmen, die die Staatsregierung treffen will, um die in die Freiwilligenverbände eintretenden Studenten gegen die aus der erneuten Unterbrechung des Studiums folgenden Nachteile zu schützen.

Ein Regierungsvertreter gibt im Auftrage des Kultusministers folgende Erklärung ab:

Um die Studierenden gegen die erwähnten Nachteile zu schützen, wird ein zweites Zwischensemester voraussichtlich vom 22. September bis zum 30. Dezember eingeführt werden, und im Anschluß an dieses wird das normale Wintersemester vom 5. Januar bis zum 31. März dauern. Zu diesem Zwischensemester werden die Angehörigen der Freiwilligenverbände zugelassen werden. Die abgekürzten Notprüfungen werden den Angehörigen der Freiwilligenverbände ebenso wie es 1914 bei Kriegsausbruch der Fall war, zugute kommen. Nur bei den Medizinern ist die Verwaltung mit der Zulassung zu den Notprüfungen nicht einverstanden.

Damit ist der Gegenstand erledigt.

Die Anfrage des Abg. Dr. Porsch (Ztr.) geht dahin: Durch den gewaltig gesteigerten Andrang zu den akademischen Studien im letzten Jahrzehnt, neuerdings insbesondere durch die Rückkehr der Kriegsteilnehmer aus den Kreisen der jungen Akademiker und durch die drohende und teilweise bereits erfolgte Ausweisung von Beamten aus Elsaß-Lothringen und den östlichen Provinzen sind die Anwärter auf alle Stellungen in eine höchst traurige Lage gekommen.

Die Abg. Reinicke (Ztr.), Lukassowitz (Deutschn.), Meyer-Herfurth (D. Vpt.) bringen Wünsche der Akademiker vor.

Geheimrat Reinhardt sagt möglichste Berücksichtigung zu.

Damit sind diese Fragen erledigt.

Mittwoch: Anfragen, Steuergesetz.

Die Verhandlungen im Verfassungs-Ausschuß.

—St. In Berlin tagt gegenwärtig der **Verfassungsausschuß der Nationalversammlung.** Am Montag hat er die erste Lesung des Verfassungsentwurfs beendet und bis zu Pfingsten hofft er mit der zweiten Lesung fertig zu sein. Ob sich diese Erwartung verwirklichen wird, ist einigermaßen zu bezweifeln. Aber wie dem auch sei, eines steht schon jetzt fest: erhebend ist der Verlauf dieser Verhandlungen bisher nicht gewesen.

Bisher war es geradezu unglaublich, was für Anträge gestellt und was für Ausführungen dazu gemacht wurden. Alles Mögliche und noch allerhand Unmögliches sollte in der Verfassung hineingebracht werden und dabei war oft nicht zu erkennen, ob die vorgeschlagenen Bestimmungen Moralsätze oder Rechtssätze sein sollten. Kundige, in gesetzgeberischen Arbeiten erfahrene Teilnehmer an diesen Verhandlungen sind aus dem Kopfschütteln nicht herausgekommen. So beantragten, um nur ein Beispiel anzuführen, bei der Bestimmung, daß **„öffentlich-rechtliche Vorrechte und Nachteile der Geburt** oder des Standes nicht mehr bestehen", die Sozialdemokraten die Streichung der Worte „öffentlich-rechtlich". Wäre diesem Antrage stattgegeben worden, so hätten mehr als hundert Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches, zum Beispiel diejenigen über die **unehelichen Kinder,** ihre Geltung verloren, ohne daß etwas anderes an ihre Stelle getreten wäre. Umsonst machte man die Antragsteller darauf aufmerksam, sie blieben bei ihrem Standpunkt. Zum Glück wurde der Antrag abgelehnt und dadurch eine tolle Verwirrung vermieden. Trotzdem ist in dem **Verfassungsentwurf,** wie er aus der ersten Lesung des Ausschusses hervorgegangen ist, mancherlei enthalten, worüber man sich wundern wird!

Friedrich der Große schrieb an den Rand des ihm vorgelegten Entwurfs zu einem Allgemeinen Landrecht: „Es ist aber sehr dicke! Gesetze müssen kurz sein!" Das gilt auch von Verfassungen. — Das letzte Wort über den Entwurf ist freilich noch lange nicht gesprochen. Darüber wird mindestens der Herbst herankommen und wer weiß heute, was dann sein wird?!

Politische Nachrichten.

— **Ein Deutscher Sozialistentag** wird vom 21. bis 23. Juni im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses zu Berlin tagen. Für die Tagung ist eine Reihe von Referenten in Aussicht genommen, unter denen sich Max Cohen-Reuß, Heinrich Ströbel, Eduard Bernstein, Ernst Däumig, Julius Kaliski und Dr. Joelsohn befinden. Der Kongreß soll außerhalb des Rahmens der Parteiorganisationen eine Aussprache unter den Vertretern der verschiedenen sozialistischen Parteirichtungen herbeiführen.

Deutschnationale Anfrage über die Beschuhungsnöte.

Der deutschnationale Abgeordnete Dr. Roesicke hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

Die Kuhhaut wurde bis zum 1. Mai 1919 in der Provinz Brandenburg mit 1,70 Mark das Kilogramm Rohgewicht bezahlt, bei einem Durchschnittsgewicht von 20 Kilogramm, also mit 34 Mark, während eine gleichschwere Haut im Frieden bei einem Preise von 1,40 Mark das Kilogramm 28 Mark kostete. Es verlautet, daß bei der Reichsledergesellschaft große Vorräte an Leder bestehen, trotzdem sind Stiefel auf Bezugschein nur nach monatelangem Warten möglicherweise zu erhalten. Hierbei kosteten ein Paar Stiefel, welche im Frieden 16 Mark gekostet haben, etwa 48 Mark. Andererseits werden ohne Bezugschein Stiefel zu Preisen verkauft, die das Dreifache des genannten Betrags erreichen und noch übersteigen. Ist der Reichsregierung diese Tatsache bekannt und welche Schritte gedenkt sie zu tun, um die Verwendung des vorhandenen Leders zur Herstellung von Schuhwerk in genügenden Mengen in die Wege zu leiten und einen angemessenen Preisausgleich herbeizuführen?

— **Der Irrwahn des Verständigungsfriedens.** Der Irrwahn des Verständigungsfriedens, so nennt sich eine Schrift von Oberst Bauer, dem vertrauten Mitarbeiter Ludendorffs, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen. Denn sie bietet zum ersten Mal Material über die monatelangen Bemühungen der Obersten Heeresleitung zu einem ehrenvollen und erträglichen Frieden zu kommen, Bemühungen, die durch Versagen der Regierung fehlschlugen. Die ganze Vorgeschichte des Waffenstillstandsangebots wird durch die Bekanntgabe der amtlichen Schriftstücke, die dem Verfasser vom General Ludendorff zur Veröffentlichung überlassen worden sind, endlich ins rechte Licht gerückt. Ebenso wird mit der Legende von der angeblichen Forderung der Obersten Heeresleitung, in vierundzwanzig Stunden Frieden zu schließen, gründlich aufgeräumt.

— **In der Sitzung des Verfassungsausschusses der Nationalverfassung** wurde in der Abstimmung über die Reichsfarben die Regierungsvorlage, die die Farben schwarz-rot-gold vorschlägt, mit den 15 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten (mit Ausnahme des Abg. Koch-Kassel) gegen die elf Stimmen der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und des Abg. Koch-Kassel angenommen.

— **Ein Gesetz für Schonung der kleinen Einkommen.** Ein Entwurf betreffend Gemeindeeinkommenbesteuerung im Rechnungsjahr 1919, der der preußischen Landesversammlung zugegangen ist, gibt, wie eine parlamentarische Korrespondenz mitteilt, den Gemeinden ausnahmsweise für 1919 das Recht, die Gemeindeeinkommenbesteuerung so zu regeln, daß die steuerpflichtigen natürlichen Personen zu den Gemeindezuschlägen nach einem Tarife herangezogen werden, der in seinen Sätzen bei Einkommen von mehr als 900 bis einschl. 1050 M. bis zu 100 v. H., bei 1051 bis 1200 M. bis zu 100 v. H., von 1201 bis 1350 M., bis zu 90 v. H., bei 1350 bis zu 1500 M. bis zu 80 v. H, bei 1501 bis zu 1650 M. bis zu 70 v. H., bei 1651 bis 1800 M. bis zu 60 v. H., bei 1801 bis 2100 M. bis zu 50 v. H, bei 2101 bis 2400 M bis zu 40 v. H, bei 2401 bis 2700 M. bis zu 30 v. H., bei 2701 bis 3000 M. bis zu 20 v. H., hinter den gegenwärtigen Tarifsätzen zurückbleibt, und daß dafür die steuerpflichtigen Personen mit einem Einkommen von mehr als 5000 M. nach einem Tarife herangezogen werden, dessen Sätze die gegenwärtigen bestehenden überschreiten, dabei jedoch nicht über die im § 1 des Gesetzes v. 8. Juli 1916 für die natürlichen Personen vorgesehenen Zuschlagsprozente hinausgehen. Das durch die stärkere Heranziehung der höheren Einkommen entstehende Maß an Steuer soll den durch die Entlastung der niederen Einkommen entstehenden Ausfall nicht überschreiten. Der Entwurf entspricht einem Wunsche des Gemeindeausschusses der Landesversammlung.

Das deutsche Bauerntum besitzt in Posen mehr Land als das polnische!

Deutsches Reich.

— **Gedenkblätter für Angehörige der im Grenzschutz und bei inneren Unruhen Gefallenen.** Durch kriegsministerielle Verfügung vom 1. Juni wird bestimmt, daß das Gedenkblatt, welches für die Angehörigen gefallener Krieger des preußischen Heeres gestiftet war, nunmehr auch den Angehörigen der im Grenzschutz und bei inneren Unruhen Gefallenen zu verleihen ist.

Ueber Freiwilligenverbände, deren Einfügung in die Reichswehr nicht beabsichtigt ist.

Da jetzt die Bildung der Reichswehr soweit vorgeschritten ist, daß Reichswehr- und angegliederte Volkswehrtruppen Ordnung und Sicherheit genügend gewährleisten, machen Sparsamkeitsrücksichten die Beibehaltung von Freiwilligenverbänden, Volks- und Sicherheitswehren, deren Ein- und Angliederung in die Reichswehr nicht beabsichtigt ist, unmöglich.

Vom 31. Juli ab stehen für solche Verbände Reichsmittel nicht mehr zur Verfügung. Jedoch kann ihre Weiterbezahlung aus Reichsmitteln durch das betr. Generalkommando beim Reichswehrwehrminister beantragt werden, wenn aus Gründen der öffentlichen Sicherheit ein längeres Fortbestehen solcher Verbände erwünscht ist.

— **Wahl der Vertrauensleute beim Reichswehrminister.** Nach den Ausführungsbestimmungen für die Bildung der Reichswehr sollten zum Reichswehrminister drei Vertrauensleute als beratende Stelle in Beschwerdeangelegenheiten kommen und der Minister sollte die Brigaden bestimmen, die in monatlichen Wechsel die Vertrauensleute zu stellen hätten. Der Minister bestimmt für den Monat Juni die 6., 4., und 13. Juli die 1.. 30. und 9., für August die 16. und 18. Brigade.

— **Postverkehr nach Posen gesperrt.** Das Vorgehen der Polen hat dahin geführt, daß wir jetzt mit unsern deutschen Volksgenossen in Posen und so weiter nicht mehr brieflich verkehren können. Die Postbehörde macht bekannt: Der gesamte Verkehr mit den von den Polen besetzten preußischen Gebieten ist unterbrochen. Postsendungen und Telegramme nach diesen Gebieten dürfen nicht mehr angenommen werden. Unterwegs befindliche Sendungen sind zurückzuleiten und an den Absender zurückzugeben.

Eine Schleichhandel-Verordnung.

Die Regierung erkennt nachgerade, daß der Schleichhandel die ernsteste Gefahr für das ganze Volk bedeutet, weil er nicht nur soliden Handel, den gesamten Mittelstand, zugrunde richtet, sondern auch die Brutstätte für Demoralisierung ist. Nirgends wuchert die Bestechung so wild, als in dem Gebiete des mühelosen Zwischenverdienstes. Die Schieber bestechen alles, was ihnen gefährlich werden könnte.

Der preußische Staatskommissar für Volksernährung erläßt nun eine Verordnung zur Bekämpfung des Schleichhandels, über die uns berichtet wird:

Es sollen von den Behörden Vertreter aus denjenigen Bevölkerungskreisen herangezogen werden, die unter den Wirkungen des Schleichhandels am meisten zu leiden haben, d. h. Vertreter aus den Kreisen der Verbraucher, insbesondere aus der werktätigen Bevölkerung.

Für jeden lieferungspflichtigen Kreis sollen durch den Kreisausschuß Feststellungs-Kommissionen gebildet werden, die die Erfüllung der Lieferungspflicht und die vorhandenen Vorräte durch Stichproben festzustellen haben. Als Mitglieder dieser Feststellungs-Kommissionen sind neben landwirtschaftlich tätigen Personen Vertreter der kreiseingesessenen Verbraucher zu bestellen.

Diesen Kommissionen treten Verbrauchervertreter aus den Stadtkreisen und größeren Industriegemeinden des Regierungsbezirkes bei, die von dem Magistrat bezw. Gemeindevorstand im Benehmen mit den Gewerkschaften, Konsumentenausschüssen, Arbeiterräten und so weiter bezeichnet und von den Regierungspräsidenten den Feststellungs-Kommissionen der lieferungspflichtigen Kreise zugeteilt werden, so daß den Städten und Industriegemeinden die Möglichkeit gegeben ist, in die Verhältnisse ihrer Lieferkreise durch ihre Verbrauchervertreter näheen Einblick zu nehmen.

Die Kosten für die Zuziehung der Verbrauchervertreter aus den Stadtkreisen und Industriegemeinden trägt, da staatliche Mittel hierzu nicht verfügbar sind, die betreffende Gemeinde, die Kosten der vom Kreisausschuß berufenen Mitglieder der Kreis. Die Ermittelungen der Feststellungs-Kommissionen sollen sich gleichzeitig auf alle wichtigeren Erzeugnisse, namentlich Getreide, Milch, Butter und Kartoffeln erstrecken. Die Polizeiorgane haben bei den Ermittlungen mitzuwirken und die Tätigkeit der Kommissionen zu unterstützen.

In Fällen, in denen die Ablieferungspflicht nicht erfüllt und die Notlage des Volkes ausgenützt wird, um im Schleichhandel höhere Gewinne zu erzielen, ist aufs Schärfste vorzugehen. Andererseits sind bei den Revisionen unnötige Belästigungen und kleinliche Maßnahmen zu vermeiden. Insbesondere soll der Mißstand abgeschafft werden, daß bei demselben Landwirt binnen kurzer Zeit immer neue Revisionen sich wiederholen. Gleichzeitig soll ein Schutz dagegen gegeben werden, daß die Landwirte nicht von unbefugten Personen heimgesucht werden.

Zur Bekämpfung des gewerbsmäßigen Schleichhandels soll das Personal der Polizeibehörden durch Anstellung besonderer Hilfskräfte verstärkt werden, die gleichfalls unter Mitwirkung der Gewerkschaften, Konsumentenausschüssen, Arbeiterräten und so weiter aus deren Mitte entnommen werden sollen.

Endlich soll den Ausschüssen der nicht gewerbsmäßigen Schleichversorgung, insbesondere den sich fast täglich wiederholenden großen Hamsterfahrten, in schärferer Weise, namentlich durch zweckentsprechende Handhabung der vielfach mißbräuchlich ausgegebenen Reiseurlaubsbescheinigungen entgegengetreten werden.

Wir halten den ungeheuren Apparat, der da geschaffen werden soll, für nichts anderes, als eine neue schwere finanzielle Belastung der Gemeinden und Kreise. Es werden allerdings neue Posten für Arbeiterräte und andere sozialdemokratische Parteifunktionäre geschaffen — dem Schleichhandel wird man dadurch aber nicht beikommen.

Die Zuckerrübenanbau-Katastrophe.

Rückgang der Anbaufläche um ein Achtel gegen das Vorjahr.

Nach der Umfrage des Vereins der deutschen Zuckerindustrie vom 17. Mai ist die mit Zuckerrüben angebaute Fläche von 376 042 Hektar im Jahre 1918 auf 329 063 Hektar zurückgegangen. Es ist also eine Verminderung um 12,49 Prozent, das ist um ein Achtel der Anbaufläche des Vorjahres, eingetreten.

Am stärksten gestaltet sich die Katastrophe in Pommern, wo die angebaute Fläche von 22 318 auf 13 863 Hektar zurückging, das sind nicht weniger als 37,9 Prozent.

An dem katastrophalen Zusammenbruch der Zuckerversorgung mag endlich auch das „Volk" — wie die Sozialdemokraten ihren Anhang nennen — erkennen, wohin die von ihren Führern verlangte Zwangswirtschaft führt. Will man noch mehr sich durch die furchtbarsten Tatsachen den Beweis liefern lassen, daß wir uns in des Wortes wahrster Bedeutung zu Tode „zwangswirtschaften"?

Der Gewaltfrieden gegen Oesterreich.

Einem Berichterstatter der deutsch-österreichischen Presse erklärte Staatskanzler Renner u. a.:

Wo eine blühende Stadt deutschen Charakters sich dem fremden Staatsgebiete nähert, wird sie einfach annektiert, so Klagenfurth und Marburg. Fast unsere sämtlichen Alpenbahnen werden zu betriebsunfähigen Sackbahnen gemacht. Es wird so rasch wie möglich den Führern der Entente klar gemacht werden, daß sie, wenn sie Deutsch-Oesterreich zur Ausfertigung dieses Friedensvertrages zwingen, ihren Triumph gefährden, indem sie eine Leiche auf ihren Triumphwagen laden.

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Ortmann.

(Nachdruck verboten.)

[10]

Der einzige, der gerade in diesen Tagen häufiger kam als je, dessen eleganter Dogcart beinahe täglich vom Groom vor der Villa Ramboldt auf und ab geführt wurde, war Paul Teßmar.

Und wenn der Pächter des Grabower Vorwerks sich in Frankenwalde bisher keiner allzu großen Beliebtheit erfreut hatte, so wurde er jetzt beinahe zur bestgehaßten Persönlichkeit. Er hatte den Obersten Maltitz eines Tages auf der Straße angehalten, um ihn mit seinem unschuldigsten Gesicht zu fragen, ob seine gute Meinung von den Weinen und den Importen des Herrn Ramboldt vielleicht eine Aenderung erfahren habe. Maltitz hatte ihn einfach stehenlassen — andere aber, die der Persönlichkeit Teßmars gegenüber diesen Mut nicht aufbrachten hatten noch schärfere und bissigere Bemerkungen über sich ergehen lassen müssen. Dem Fabrikanten erwies er damit freilich einen schlechten Dienst.

Viele, die doch noch unsicher gewesen waren in ihrer Haltung, gelobten sich's nun hoch und teuer, keinen Fuß wieder über die Schwelle des Ramboldtschen Hauses zu setzen.

Die erste dieser Heldentaten hatte Teßmar bei einem sonntägigen Mittagessen, zu dem ihn Ramboldt hatte einladen müssen, mit dem lustigsten Spitzbubengesicht zum besten gegeben, und es war ihm wirklich gelungen, auf Ediths Gesicht etwas wie ein Lächeln hervorzurufen. Der Fabrikant aber war ganz außer sich geraten. Er war auf der Stelle vom Tisch aufgestanden, als wollte er seine Erregung den beiden Frauen nicht zeigen. Aber er war Teßmar dann unter vier Augen mit einer Heftigkeit entgegengetreten, die ihn wohl zu einiger Vorsicht hatte mahnen müssen. Und wenn sich der Gutpächters auch dadurch nicht veranlaßt sah, seine kleinen Scherze aufzugeben, so hielt er es doch in Zukunft für ratsamer, sie für sich zu genießen.

Er hätte wohl eigentlich erwarten dürfen, daß seine unerschütterliche Freundschaft ihm die Gunst der beiden Frauen erringen würde. Um so mehr, als er sich ihnen gegenüber nicht nur eines unaufdringlich chevaleresken Benehmens befleißigte, sondern sie auch durch allerlei kleine Aufmerksamkeiten zu erfreuen suchte. Er war wirklich der einzige, der etwas Leben in das Haus brachte — und selbst Frau Marianne mußte es mitunter empfinden, daß das Leben neben ihrem Gatten ohne ihn noch unerträglicher gewesen wäre. Aber sie wurde deshalb nicht liebenswürdiger gegen ihn, und Edith, die ihm wohl mit zurückhaltender Freundlichkeit begegnete, wenn sie zu einem Zusammensein mit ihm durchaus gezwungen wurde, ging ihm doch nach Möglichkeit aus dem Wege. Seinen Vorschlag, ihre Spazierritte in seiner Begleitung fortzusetzen, hatte sie auf das bestimmteste zurückgewiesen. Und wenn er nicht zum Essen geladen war, hatte er es sicherlich nur einem günstigen Zufall zu danken, wenn er sie einmal traf.

Vielleicht in der Absicht, seinen Besuchen einen recht familiären Anstrich zu geben, kam er gewöhnlich in der Jagdjoppe oder in irgendeiner bequemen Kleidung. Und Hermann Ramboldts Züge verfinsterten sich, als er ihn an diesem Morgen im schwarzen Besuchsanzug vom Wagen steigen sah. Seit geraumer Zeit hatte der Fabrikant am Fenster seines Arbeitszimmers gestanden, um nach seiner Frau auszuspähen, die ganz gegen ihre Gewohnheit am frühen Vormittag schon das Haus verlassen hatte und noch immer nicht zurückgekehrt war. Er hatte sie seit ihrer gestrigen Aussprache nicht wieder gesprochen, aber er hatte keinen ihrer Schritte unbeobachtet gelassen, und er wäre vielleicht ohne Teßmars Dazwischenkunft nicht vor ihrer Heimkehr vom Fenster gewichen. Jetzt aber begann er voll Unrast im Zimmer auf und niederzugehen, und es zuckte eigentümlich über sein Gesicht, als er Paul Teßmars kraftvolle Stimme draußen auf der Diele hörte.

Er hielt es nicht für notwendig, dem Besucher entgegenzugehen, als dieser nun nach einem kurzen Klopfen über die Schwelle trat. An den Schreibtisch gelehnt, blieb er stehen. Flüchtig nur berührten seine hageren Finger die Hand des anderen; dann kreuzte er die Arme über der Brust, und mit einem bezeichnenden Blick auf den Rock Teßmars sagte er: „Sie wollen nach Berlin —?"

Der ehemalige Ingenieur lachte kurz auf. Er schien nicht so sicher, wie er es sonst war — es machte den Eindruck, als vermöchte er einer ungewohnten Nervosität nicht völlig Herr zu werden.

„Nein, Verehrtester, das Feierkleid gilt Ihnen ganz allein. Das heißt — Ihrem hochgeschätzten Hause. — Aber tun Sie mir den Gefallen, lieber Ramboldt, und setzen Sie sich! Wenn Sie eine Ahnung davon hätten, wie Sie auf einen empfindsamen Menschen wirken mit Ihrer Haltung und Ihrem Gesicht — ich bringe keine einzige von den Phrasen heraus, mit denen ich Ihnen aufzuwarten habe, solange Sie da stehen."

Aber Hermann Ramboldt rührte sich nicht. Auch sein Gesicht blieb unbewegt — nur daß die Falte zwischen den starken Brauen vielleicht noch ein wenig tiefer war als sonst.

„Es wird auch ohne die Phrasen gehen. Und Sie werden Ihrer Empfindsamkeit hoffentlich einigen Zwang antun können."

Paul Teßmar seufzte. „Wie Sie wollen —" Er ließ sich selbst in den Klubsessel sinken, schlug ein Bein über das andere und sah den Fabrikanten von unten herauf an. „Also, Teuerster — machen Sie mir die Sache leicht! Sie haben natürlich längst erraten, weshalb ich Sie am Vormittag im Kandidatenrock überfalle."

Das Gesicht des Fabrikanten schien wie aus Holz geschnitten. Kein Zug rührte sich darin.

„Ich habe durchaus nicht das Vergnügen. Wenn es eines Ihrer üblichen Anliegen ist, das vorzubringen Ihnen soviel Mühe macht, so sehe ich doch die Notwendigkeit des feierlichen Anzugs nicht ein."

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Stadtparlament.

Wie der Arbeiterrat „erdrosselt" werden sollte. . . .

Ht. Eine erfreuliche Erscheinung sei vorangestellt: im Köslliner Stadtverordnetensaal scheint die Gruppierung der Stadtvertreter nach politischen, nicht nach wirtschaftlichen Grundsätzen restlos durchgeführt zu sein. Daß sich Kommunalpolitik nicht von der sonstigen „Politik" trennen läßt, bewies gerade diese Sitzung, deren Tagesordnung mit ihren 28 Punkten zunächst nicht danach aussah, als wenn es zu längeren, politisch gefärbten Auseinandersetzungen kommen könnte. Im Anfang ging alles glatt. Bei der gewiß bedeutungsvollen Vorlage „Bau von Kleinwohnungen" hätte man eigentlich eine etwas lebhaftere Anteilnahme der Versammlung erwarten sollen; man hatte den Eindruck, als wenn es den meisten der Anwesenden an der nötigen Sachkunde mangelt, um zu dieser ernsten Frage, die auch mit dem gefaßten Beschluß noch nicht gelöst ist, Stellung zu nehmen. Ebenso schien sich die große Mehrzahl der Stadtverordneten um die von uns gestern behandelte Frage „Neuverpachtung der städtischen Jagden" keine Sorge zu machen; zu dieser Angelegenheit gab der Erste Bürgermeister, statt auf die grundsätzliche Bedeutung der Vorlage einzugehen, ein längeres geschichtliches Expose (das Fremdwort wird absichtlich gewählt, weil es zu dem "administrieren" des Bürgermeisters besser paßt), das zur Sache selbst eine recht äußerliche Beziehung hatte. Es wird bei der späteren Behandlung der neuen Pachtverträge noch einmal Gelegenheit sein, dem Gegenstand näherzutreten. Mehrere Vorlagen erforderten die Bewilligung von Geldmitteln, die anstands- und bedenkenlos auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege der Anleihen gegeben wurden. Köslin scheint den Katzenjammer einer fortdauernden Anleihewirtschaft noch nicht erlebt zu haben. . . Dann aber wurde es lebendig, als ein Antrag auftauchte, der die Einstellung der Bezahlung der Arbeiterräte für das von ihnen in der städtischen Verwaltung ausgeübte „Kontrollrecht" wünschte. Die Herren vom linken Flügel sträubten sich mit Händen und Füßen. Sie wiesen nach in ihrer Art, daß der Arbeiterrat der Stadt Köslin ungeheure Werte erhalten und nennenswerte Verdienste eingebracht haben; sie haben sich sogar die Knochen bei der Bekämpfung des Schleichhandels zerschlagen lassen müssen. Daß es viel näher liegt, der Wurzel des Uebels, der von der Sozialdemokratie herbeigeführten Zwangswirtschaft an den Kragen zu gehen, kommt ihnen nicht in den Sinn,. denn die sozialdemokratische Parteilehre verlangt nun einmal diese Zwangswirtschaft. Daß eitel Theorie und Doktrinarismus (zu deutsch Unbelehrbarkeit) in diesen Köpfen vorherrschen, ward auch hier wieder klar; daneben aber auch krasser Egoismus und Materialismus. Erst muß die Verwaltung in Stadt und Land weiter demokratisiert werden, erst müssen „Garantien" geschaffen werden, daß der alte Kurs nicht wiederkehrt. Deutlicher ausgedrückt: erst müssen weitere „Genossen" an der neuen Parteikrippe ihr Futter finden, mit dem Erfolg, daß die bisher gesunden Finanzen von Stadt und Staat gründlich erschüttert werden! 17 000 Mark, — das spielt ja keine Rolle heute, genau so wenig, wie die Milliarden Fehlbetrag der preußischen Staatseisenbahn. Das alles hat die „Kontrolle" der Herren Arbeiterräte nicht verhindern können. Wie diese „Kontrolle" im übrigen aussieht, wurde deutlich, als man von sozialdemokratischer Seite eine ganze Reihe Drohungen gegen den „reaktionären Block" auffahren ließ. Man wolle sich an der Arbeiterklasse reiben, so hieß es; als wenn diese „Reibung" nicht seit den Tagen der Revolution da sei! Man habe — großartig! — bisher Ruhe und Ordnung aufrechterhalten können, jetzt sei das fraglich geworden. Die verehrliche „Volkszeitung" wird es, des sind wir überzeugt, nach bewährten Mustern aus anderen Städten, an Ermunterungen ihrer Leser und Parteifreunde nicht fehlen lassen, daß es jetzt mit „Ruhe und Ordnung" vorbei sein müsse. Wie heißt es doch im Sprichwort: „. . willst du nicht mein Bruder sein, so . . .". Der Arbeiterrat will also seinen bisherigen „Verdiensten" die Krone aufsetzen. So errang er, oder richtiger, errangen seine Gesinnungsgenossen sich gestern das Verdienst, die drohende Dauersitzung durch Herstellung der Beschlußunfähigkeit des Hauses abzukürzen. Habeant! Der tragikomisch wirkende Abzug der Herren Genossen hat die Rechtsfrage, die hier zur Erörterung stand, natürlich um keines Fingers Breite verschoben. Recht bleibt Recht, und Gesetz Gesetz. Die Herren um Grünewald und Henning freilich pfeifen auf das Gesetz, das ihre eigenen Parteifreunde gemacht haben. In glänzender Rede begründete Dr. Brummund den Antrag, — eigentlich die einzige Rede in der ganzen Sitzung, die von einem etwas höheren „Niveau" Zeugnis ablegte. Was dann kam, war überflüssig oder ein regelrechtes Nachgebete der in den Sitzungen des Berliner Vollzugsrates gehörten Ausführungen zum gleichen Gegenstand. Der Demokrat entschuldigte sich vor den Nachbarn links vielmals, daß auch er sich der vorgetragenen Auffassung nicht verschließen könne. Man merkte zwischen den Zeilen, daß es ihm innerlich leid tat, „diesmal" den Busenfreund im Stich lassen zu müssen. Siehe da, der Umfall kam: das Kompromiß, das freilich den Abbruch der Sitzung nicht mehr verhindern konnte. . . .

Auf der Tagesordnung der gestrigen **Stadtverordnetensitzung** standen, wie wir bereits einmal erwähnten, 28 Punkte. Außerdem war ein Antrag eingegangen, die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die weiteren Mittel für den A.- und S.-Rat nicht mehr zu bewilligen, da die auf demokratischer Grundlage gewählte Gemeindevertretung nur noch das alleinige Kontrollrecht über die städtischen Einrichtungen habe. Dieser von Dr. Zubke, Dr. Brummund und Genossen eingebrachte Antrag kam vor dem Punkt 12 der Tagesordnung zur Beratung und führte zu den heißesten Kämpfen zwischen den Vertretern der bürgerlichen Parteien und denen der sozialdemokratischen Partei. Dr. Brummund begründete den Antrag eingehend und wies nach, daß der weitere Bestand des A.- S.-Rates völlig überflüssig sei. Ueberdies habe der Arbeiterrat der Stadt seit November v. Js. nicht weniger als 17 000 Mark gekostet.

Wie vorauszusehen war, stieß natürlich die Beseitigung des Arbeiterrates bei der sozialdemokratischen Fraktion auf heftigen Widerstand. Man behauptete, die Antragsteller und die Stadtverordnetenversammlung haben kein Recht, den Arbeiterrat abzuwürgen, der vielen vielleicht unangenehm sei, weil er den Leuten zu sehr auf die Finger gesehen habe. Auch nicht der Minister Heine habe das Recht der Entscheidung. Als die Drohungen, hier würde in diesen Sachen noch nicht das letzte Wort gesprochen, fruchtlos waren und man dennoch zur Abstimmung schreiten wollte, wendeten die Herren Arbeitervertreter die Methode Stettin an und verließen den Saal, um die Sitzung

beschlußunfähig

zu machen. Stadtverordnetenvorsteher Partzsch legte hierauf sein Amt nieder und übertrug die Leitung dem zweiten Stadtverordnetenvorsteher Litten, der seinerseits die Sitzung um 8 Uhr vertagen mußte.

* * *

In den diesen Kämpfen vorausgegangenen Beratungen fanden 11 Punkte ihre Erledigung. Für den für den 3. Bezirk verstorbenen Bezirksvorsteher wurde Instrumentenmacher Sieg und für den 12. Bezirk Kaufmann Wienert als Bezirksvorsteher gewählt. Für ein Mitglied des Erwerbslosenausschusses wurde Ersatzwahl vorgenommen und Direktor Zapf von der L. V. G. an die Stelle berufen.

Bei Punkt 3: **„Bau von Kleinwohnungen"** gab Stadtverordneter Dr. Zubke einen Ueberblick über den Vertrag mit der Gartenheimbaugenossenschaft und schlug vor, den Vertrag nicht zu genehmigen, statt dessen dem Magistrat 600 000 Mark zum Bau von etwa 60 Kleinwohnungen an der Buchwaldchaussee zu bewilligen. Das Geld soll durch eine Anleihe aufgebracht werden, die höchstens mit 5½ Prozent verzinst und mit 1½ Prozent getilgt werden soll. Der Antrag fand Zustimmung.

Ebenso wurde der Ankauf des Grundstückes Böttcherstraße 1, in dem sich eine städtische Milchabgabestelle für Flaschen und die Säuglingsfürsorgestelle befindet, genehmigt. Der Preis für das Grundstück beträgt 15 500 Mark.

Der Magistratsvorschlag, die gesamte Kauffmannsche Stiftung **zum Bau einer Volksbadeanstalt** zu verwenden, wurde dahin abgeändert, daß man von der Stiftung nur 60 000 Mark verwendet und den Rest von 37 000 Mark in dieser beläßt.

Punkt 7: Verzicht auf mehrere Vorkaufsrechte der Stadt, fand Annahme, da für diese Grundstücke ein Interesse der Stadt nicht besteht.

Für Unterbringung von erholungsbedürftigen Kindern wurden dem hiesigen Vaterländischen Frauenverein außer dem jährlichen Zuschuß von 400 Mark noch ein solcher von 540 Mark genehmigt.

Die Uebernahme des dem Schuhmacher Wachholz gehörigen Hausgrundstücks mit der Verpflichtung, den Besitzer in einem Stift unterzubringen, fand Billigung.

Der seit dem Jahre 1910 bestehende Verein „Köslliner Kinderkrippe" hat sich an den Magistrat gewandt, mit der Bitte, den Verein weiter zu unterstützen, da seine Mittel versiegt sind. Die einmaligen Kosten von 4112,50 Mark und die laufenden Ausgaben von 1620 Mark wurden genehmigt, mit der Voraussetzung, daß die Krippe nach Ablauf des Jahres in städtische Verwaltung übergeht.

Ebenso fand der Antrag Annahme, den städtischen Arbeitsnachweis in einem Kreisnachweis umzuwandeln. Der Magistrat wurde ermächtigt, die endgültige Regelung vorzunehmen.

Der Verpachtung der städtischen Jagden im Buchwald und Gollenwald wurde zugestimmt.

Aus Stadt und Land.

Köslin, den 5. Juni 1919.

Zum 6. Juni: Sonnenaufgang 3,42. Sonnenuntergang 8,15. Mondaufgang 1,0. Monduntergang 12,14.

— **Steigerung der Ersparnisse in Pommern.** Die Spareinlagen sind im vergangenen Jahr ganz außerordentlich gewachsen. Die Einlagen betrugen beim Kassenabschluß am 31. Januar (einschl. Zinsen) im Regierungsbezirk

	1917	1918	1919	
Stettin	343	418	552	Mill.
Köslin	269	320	401	„
Stralsund	65	76	97	„

In ganz Preußen sind die Einlagen 1918 gewachsen um 5151 Mill. oder um 29,9%, während sie im Vorjahr um 3341 Mill. und im besten Friedensjahr 1910 nur um 775 Mill. Mark zugenommen haben. Nicht mitgerechnet sind die Kriegsanleihebeträge, Zählt man diese mit, dann haben sich die Kundeneinlagen seit 1910 um über 100% gehoben.

— **Feststellung der Kartoffelvorräte.** Der preußische Staatskommissar für Volksernährung und die Reichskartoffelstelle haben Anordnungen erlassen, daß alsbald durch besondere Kommissionen bei jedem einzelnen Kartoffelerzeuger die noch lieferungspflichtigen Kartoffelmengen genau festgestellt und abgefordert werden. Bei den Feststellungen sollen die Gemeinde-(Guts-)Vorsteher oder ihre Stellvertreter anwesend sein.

— **Lehrgang für Molkereifachschule.** In der Zeit vom 1. Juli bis 26. September d. Js. soll bei der Milchwirtschaftlichen Anstalt in Greifswald ein weiterer Lehrgang zur theoretischen Fortbildung kriegsbeschädigter Molkereifachleute stattfinden. Es wird aber ausdrücklich betont, daß eine Ausbildung zu Betriebsleitern nicht in jedem Falle gewährleistet werden kann, weil die praktische Vorbildung der Leute in vielen Fällen hierfür nicht ausreicht. Beabsichtigt wird, die Leute theoretisch so weit auszubilden, daß sie nach ihrer praktischen Vorbildung, ihren Schulkenntnissen ihrer Auffassungsgabe und der Art ihrer Kriegsbeschädigung imstande sind, Stellungen wie die eines Betriebsleiters, eines Expedienten, eines Obermeiers, eines Buchhalters in nicht zu verwickelten Betrieben, eines Laboranten und eines Gehilfen zu bekleiden.

— **Meisterkurse.** Im kommenden Sommerhalbjahr ist die Abhaltung folgender Kurse zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung sowie zur Weiterbildung selbständiger Gewerbetreibender geplant:

a) Schuhmacherkurse, Dauer 5 Wochen, vom 16. Juni bis 19. Juli 1919;

b) Schneiderkursus, Dauer 8 Wochen, vom 30. Juni bis 23. August 1919.

Geeignete Kriegsbeschädigte wollen sich bis spätestens 7. Juni beim „Unterausschuß für die Kriegsbeschädigten im Kreise Köslin", Regierung, Zimmer Nr. 61, vormittags zwischen 10 und 12 Uhr anmelden.

— **Das dritte Vereinskonzert des Konzertvereins,** der Liederabend von Emmi Leisner, findet am 6. Juni, abends 8 Uhr, statt. Näheres besagt das Inserat im heutigen Anzeigenteil.

— **Die Not der Offizierfamilien,** besonders der Witwen und Waisen, tritt mit jedem Tag mehr in Erscheinung. Da gilt es Erwerbsmöglichkeiten ausfindig zu machen, Stellungen zu vermitteln, bei der Berufswahl einen den Anlagen und Fähigkeiten, wie der Vorbildung und den Mitteln entsprechenden Rat zu geben, unbemittelten Freistellen zu verschaffen, Pensions-, Steuer- und Rechtsfragen zu beantworten, der Kinderfürsorge und vieles andere auf sozialem Gebiete gerecht zu werden. All diesen Aufgaben kommt der bereits vor Kriegsausbruch gegründete Bund Deutscher Offiziersfrauen in segensreichem Wirken nach.

Zur Zeit **bittet er Landfamilien herzlichst ihr Haus während der Ferien und Sommermonate Kindern, Knaben wie Mädchen,** auch erholungsbedürftigen Müttern und berufstätigen Frauen zu öffnen. Ferner bittet er um Nachweisung von Waisenkindern, die zahlreich auf das Beste untergebracht werden können, teils zur Adoption, oder als Eigen zur kostenlosen Erziehung. — Die Abteilung Stellenvermittlung bittet um Angabe von offenen Stellen, auch nimmt sie Bitten von stellensuchenden Damen an. Besondere Nachfrage ist außer nach gut ausgebildeten kaufmännischen Damen, nach Damen, die kinderlieb sind, und sich für Kinderpflege eignen, auch solchen, die hauswirtschaftliche Arbeiten übernehmen.

Anfragen, Meldungen und Spenden sind zu richten an den Bund Deutscher Offizierfrauen, Berlin SW. 11, Hallescheстraße 20.

— **Friedrich Wilhelm, Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft,** in Berlin. In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 30. Mai dieses Jahres wurde der Abschluß für das Geschäftsjahr 1918 bekanntgegeben. Das Neugeschäft ist um 75 Prozent größer als dasjenige des Vorjahres; das finanzielle Ergebnis ist dagegen hinter demjenigen des Jahres 1917 infolge mannigfaltiger ungünstiger Umstände zurückgeblieben, wie die erheblich größere Kriegssterblichkeit, die durch die Grippe-Epidemie eingetretene Erhöhung der Schadenziffer, die Abschreibung auf Wertpapiere infolge des starken Kursrückganges und die durch die Lohnbewegung verursachte Steigerung der persönlichen Ausgaben. Unter Heranziehung besonderer Rücklagen und mit Hilfe von anderweit flüssig gewordenen Mitteln wurde es möglich, die Dividenden für die Versicherten und die Aktionäre aufrechtzuerhalten. Der Ueberschuß beträgt 12 883 954,22 Mark (im Vorjahre 12 909 580,75 Mark). Davon werden vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversammlung 11 834 842,54 Mark (im Vorjahre 10 887 730,31 Mark) den Versicherten überwiesen. Die Aktionäre erhalten wieder 150 Mark auf jede Aktie; zu Gunsten der Angestellten werden 210 000 Mark verwendet, der Reserve für eventuelle Verluste und Bedürfnisse 9 924,02 Mark zugewiesen. Der Vermögensbestand bezifferte sich Ende 1918 auf 442 476 280 d. s. 38 313,627 Mark mehr als am Ende des Vorjahres.

— **Beseitigung der Arbeiterrats-Herrschaft.** Nächst Kolberg und Stettin haben sich auch die Stadtverordneten in Greifenberg (Pommern) und in Kallies mit der Besoldung der kommunalen Arbeiterräte zu beschäftigen gehabt. In Greifenberg wurden die Zahlungen an die Arbeiterräte seitens der Stadt vom 31. Mai ab gestrichen. In Kallies war eine Besoldung des Arbeiterrates jetzt erst gefordert worden. Die Forderung wurde jedoch mit 12 gegen acht Stimmen abgelehnt. Es zeigte sich übrigens in Greifenberg wie auch in Stettin, daß gerade die Mitglieder des Arbeiterrates um die Aufrechterhaltung des angemaßten Kontrollrechts kämpften, die aus dem Fortbestehen des gegenwärtigen unhaltbaren Zustandes persönlichen Nutzen haben.

— **Deutschnationale Volkspartei.** Der Bericht über den gestrigen Familienabend muß infolge Raummangels zurückgestellt werden.

— **Der Steuerkurs der Aktien der hiesigen Aktien-Bier-Brauerei** wird auf 97 Mark berechnet.

— **„100 Milliarden Mark in Gold"** will die Reichsregierung an die Entente zahlen. Nur sehr schwer kann man sich von der ungeheuren Größe dieser Zahl einen Begriff machen. Einige kleine, interessante Berechnungen darüber entnehmen wir einer Zuschrift:

Angenommen, die Summe soll in Zehnmarkstücken ausgezahlt werden, so wären viertausend Waggons oder hundert Güterzüge zu vierzig Wagen notwendig, um das Gold fortzuschaffen, das ein Gewicht von nur 40 000 000 Kilogramm hat. Sollte jemand Lust haben, diese Summe zu zählen, so müßte er, wenn er täglich fleißig die achtstündige „Arbeitszeit" innehält, und von seinem zehnten Lebensjahre an mit dem Zählen beginnen würde, 1062 Jahre und 1½ Monat alt werden. Er kann sich auch 26 Leute halten, die er dann 40 Jahre lang beschäftigen könnte, ohne daß sie einen Feiertag machen dürften, wenn sie nicht vorzögen, zu streiken.

Stellte man die Zehnmarkstücke aufrecht dicht eins an das andere, so erhält man eine Strecke von zehntausend Kilometer. Flach nebeneinander gelegt aber könnte man fast ¾ des ganzen Deutschen Reiches damit bedecken, denn es würde eine Fläche von ungefähr 306 000 Geviertkilometer entstehen gegenüber 540 000 Geviertkilometer unseres Vaterlandes. Um sich eine kleine Vorstellung von dem Raum machen zu können, den dieses Geld einnehmen würde, müßte man sich 3825 der altbekannten Berliner-Zimmer denken, die von dem Fußboden bis zur Decke dicht an dicht mit Zehnmarkstücken angefüllt sind.

— **Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsscheu.** Arbeit und nochmals Arbeit! Das war der eindringliche Mahnruf, den alle einsichtigen Volks- und Vaterlandsfreunde immer wieder erschallen ließen, als die Revolution jeglichen Arbeits- und Unternehmungsgeist zu lähmen drohte, als die Wogen des Spartakismus über unseren Ruhrkohlenbergbau zusammenschlugen.

Die unter solchen Umständen automatisch einsetzende hochgradige allgemeine Arbeitsscheu führte allmählich in allen Städten zu ungeheuren Arbeitslosenunterstützungen, die unserer Volkswirtschaft tiefe Wunden schlugen. Die von der Reichsregierung herausgegebene Zeitschrift „Die wirtschaftliche Demobilmachung" veröffentlichte einige Zahlenangaben, die zwar über verschiedene Gruppen zerstreut waren, in Zusammenhang gebracht jedoch einen tiefen Einblick in unsere heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse gewähren. So brachte sie die Mitteilung, daß allein vom rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau im Monat April nicht weniger als 38671 Arbeitskräfte angefordert wurden und daß auch im Monat Mai noch 36331 offene Stellen vorhanden gewesen seien. Aehnliche Meldungen lagen aus den anderen Bergwerksbezirken Deutschlands vor. Der Arbeitsmarkt in der Landwirtschaft bietet dasselbe Bild. Soweit sich die Arbeitgeber an die Arbeitsnachweise wandten, waren in der Landwirtschaft am 28. April 14716 offene Stellen für Einzelpersonen und 882 für Familien vorhanden. Dabei waren die Angaben, wie die Zeitung ausdrücklich angibt, noch durchaus unvollständig. In derselben Zeit (29. April 1919) waren dagegen allein in Berlin 173 428 Erwerbslose vorhanden, die Arbeitslosenunterstützung empfingen, deren Betrag nur für Berlin von der Revolution bis 29. April 1919 die Riesensumme von 97 965 Millionen Mark erreicht hat Auch in anderen Städten waren die aufgewendeten Beträge unmäßig hoch, wie die Beispiele aus Hamburg)36,27 Millionen Mark), Bremen (3,998 Millionen Mark), Neukölln (10,403 Millionen Mark) beweisen. Aus den oben angeführten Arbeitsangeboten ist ersichtlich, daß in Deutschland Arbeit vorhanden ist, daß aber ein großer Teil der Bevölkerung aus Arbeitsscheu es vorzieht, sich die Erwerbslosenunterstützung zahlen zu lassen, anstatt der Arbeit nachzugehen. Der Grund liegt allein in der verhältnismäßig beträchtlichen Höhe der Unterstützung Es ist Pflicht der Regierung, hier durchzugreifen, da wir uns angesichts der vernichtenden Friedensbedingungen unserer Gegner es nicht mehr gestatten können, daß auch nur eine einzige Hand feiert, die noch Arbeit verrichten kann.

— **Swinemünde. Große Feuersbrunst.** Nachdem erst in einer der letzten Nächte auf der hiesigen Gasanstalt ein gefährlicher Brand gewütet hatte, bei dem der Dachstuhl des Hauptgebäudes vernichtet und die große Explosionsgefahr glücklicherweise im letzten Augenblick verhindert werden konnte, war am Montag in der Mittagsstunde die Altstadt abermals der Schauplatz eines mächtigen Großfeuers, das für einen ganzen Straßenzug äußerst gefahrdrohend war. Der große Brand entstand gegen ½1 Uhr mittags in den ausgedehnten Kohlen-, Petroleum- und Benzollagern der Firma Otto Rudolph in der Grenzstraße. Es entstanden sofort heftige Explosionen durch die dort lagernden Benzolmengen. Die Fässer flogen mit furchtbaren Detonationen hoch in die Luft, in der ahnungslosen Nachbarschaft jähen Schrecken und große Erregung verbreitend. Das in Brand geratene Petroleum bildete dicke sich emporwälzende Rauchwolken, die die Bekämpfung des Brandes durch die eiligst heranrückenden Feuerwehren sehr erschwerten. Das verheerende Element, das bei den reichlichen Brennstoffvorräten und der Trockenheit mit unheimlicher Schnelligkeit um sich griff, breitete sich auf die angrenzenden Stallgebäude sowie auf die von mehreren Familien bewohnten Hintergebäude des Rudolphschen Grundstücks aus. In großer Gefahr schwebte das Dampfsägewerk und der große Holzlagerplatz der Firma Emil Wendlin. Da aber der Wind die Flammen nach der Färberstraße zu trieb, konnte das Dampfsägewerk — abgesehen von kleinen Schäden — gehalten werden. Dagegen wurden die Stallgebäude des Fuhrwerksbesitzers Knuth eingeäschert. Den angestrengt arbeitenden Feuerwehren gelang es schließlich, den mit furchtbarer Gewalt wütenden Brand auf seinen Herd zu beschränken. Doch konnte ein völliges Nieder- bezw. Ausbrennen der betreffenden Gebäude nicht verhindert werden. Gegen 2 Uhr war die Gefahr der Weiterverbreitung des Feuers beseitigt. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich. Leider haben auch schamlose Elemente ihr Unwesen an der Brandstätte dadurch getrieben, daß sie den Abgebrannten Kleidungsstücke, Schuhzeug und so weiter entwendeten. Ueber die Entstehungsursache des Brandes laufen verschiedene Gerüchte um; so wird erzählt, daß das Feuer durch ein weggeworfenes Streichholz oder durch Explosion eines Benzolfasses entstanden sein soll.

Arbeitsgemeinschaft für die deutsche Eisen- und Metallindustrie.

Am 2. Juni wurde in Berlin durch Vertreter der hervorragendsten Verbände der Eisen- und Metallindustrie und der Metallarbeitergewerkschaften die Arbeitsgemeinschaft für die deutsche Eisen- und Metallindustrie errichtet. Die Satzung wurde grundsätzlich gutgeheißen. Die in Frage kommenden Organisationen werden in allernächster Zeit ihren endgültigen Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft erklären. Es wurde gleichzeitig ein vorläufiger Geschäftsführender Ausschuß von je 16 Mitgliedern gewählt, der die weiteren vorbereitenden Arbeiten zur endgültigen Errichtung zu erledigen hat.

— **Hamburger Protest gegen das Fortbestehen der Zwangswirtschaft.** An der Hamburger Börse fand eine Protestkundgebung statt, in der der Vorsitzende der Hamburger Handelskammer mitteilte, daß die von der Handelskammer unternommenen Schritte gegen die neue Art der Zwangswirtschaft, wie sie das Reichswirtschaftsamt unter dem Namen Planwirtschaft beabsichtigt, keinen Erfolg hatten. Die Handelskammern der Hansastädte Hamburg, Lübeck, Bremen haben sich zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen diese neue Art der Zwangswirtschaft Sturm zu laufen, weil sie von schwerwiegenden Folgen für den Handel begleitet sein werde.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptschriftleiter Günther Herricht; für den übrigen redaktionellen Teil: Wilhelm Asbholz; für den Anzeigenteil: Hans Reigelind. Druck und Verlag: Fürstentumer Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin.

Bekanntmachung.

An die hiesigen Kaufleute ist Hering ausgegeben mit der Anweisung, dieselben an die Köslinter Einwohnerschaft gegen Eintragung eines Vermerks in der Brotkarte an die Verbraucher auszugeben und zwar von den größeren Heringen sollen auf 2 Personen 1 Stück, dagegen von den kleineren für jede Person 1 Stück entfallen.

Der Preis richtet sich nach der Größe der Heringe.

Köslin, den 5. Juni 1919.

Der Magistrat.

Ausnahmen vom Schluß der offenen Verkaufsstellen.

Gemäß Absatz 2 des § 9 der Verordnung vom 18. März d. Js. über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit wirtschaftlicher Demobilmachung wird auf Antrag der Vorsteher der hiesigen Kaufmannschaft bestimmt, daß an den Tagen 5., 6. und 7. d. Mts. die offenen Verkaufsstellen in Köslin nach 7 Uhr bis 8 Uhr abends für den geschäftlichen Verkehr geöffnet sein dürfen.

Köslin, den 4. Juni 1919.

Die Polizeiverwaltung.
Dr. Pusch.

Bekanntmachung.

Unser Büro ist am Sonnabend, dem 7. d. Mts., von 1 Uhr nachmittags an geschlossen.

Vom 10. Juni ab ist unsere Kasse von 7 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags für den öffentlichen Verkehr geöffnet.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Köslin.
J. V.: Grünewald, stellv. Vorsitzender.

Am Pfingst-Sonnabend, dem 7. Juni 1919, ist unsere Kasse

geschlossen.

Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland.
Zweigstelle für Pommern.

Vom Heeresdienst entlassen
halte ich Sprechstunden
von 1/2 9–11 Uhr vormittags,
3–4 Uhr nachmittags
in meiner Privatklinik
Kolberg, Parkstraße 27.
Dr. Schaal, Spezialarzt für Chirurgie und Frauenleiden.

Meine Sprechstunden

halte ich in den Sommermonaten nur bis nachmittags 1/4 4 Uhr ab; Sonnabend nachmittags sowie Sonntags keine Sprechstunden.

Zahnarzt Kuntz.

Piano's mit hervorragend schönem Ton eingetroffen,
dgl. ein gebrauchtes **Klavier** zu verkaufen.
K. Klein, Junkerstr. 8, Tel. 572.

Musikgruppe.

In Anbetracht der allgemeinen Teuerung sehen sich die Mitglieder der Musiksektion Köslin des A. D. L. V. gezwungen, das Unterrichtshonorar etwas zu erhöhen. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die „durch die Schuld der Schüler" ausgefallenen Stunden berechnet werden, soweit sie nicht nachgegeben werden können. Die „durch die Schuld der Lehrer" ausgefallenen Stunden werden nicht berechnet.

M. Buchholtz, Friedrichstr. 12, Klavierlehrerin,
J. Dalitz, Holzmarkt 7, "
E. Günzel, " " "
M. Knop, Bahnhofstr. 2, "
A. Kuhn, Bublitzerstr. 2, II, Gesanglehrerin,
E. Ludewig, Füsilierstr. 8, Klavierlehrerin,
H. Schneider, Regierungsstr. 19, "
M. Wetzel, Bergstr. 13, "

Konzert-Verein Köslin.

Das

3. Vereins-Konzert,

der Liederabend von Emmi Leisner

findet nunmehr am

Freitag, dem 6. Juni, abends 8 Uhr,

statt.

Die bereits verlosten Eintrittskarten haben Gültigkeit.

Auf die Abschnitte Nr. 3 der Mitglieds- und Beikarten, die noch im Besitze von Mitgliedern sind, werden Sitzplätze bei Herrn Buchhändler Hoffmann verabfolgt.

Stehplätze zu 1,50 Mark und Schülerkarten zu 75 Pfg. (einschl. Kartenstener) ebendaselbst und an der Abendkasse.

Der Vorstand.

Handwerker-Verein.
Heute: Versammlung.

Wusseken.

Am 2. Feiertage

Großes Tanzvergnügen.

Anfang 4 Uhr, wozu freundlichst einladet

Reinhold Post.

Bekanntmachung.

Die unterzeichneten Banken halten am

Pfingstsonnabend, dem 7. Juni d. Js., ihre Diensträume und Kassen geschlossen.

Reichsbankstelle Köslin.
Fuisting. Elias.
Danziger Privat-Aktien-Bank.
Depositenkasse Köslin.
Ostbank für Handel und Gewerbe.
Depositenkasse Köslin.
Julius Schrader, Bankgeschäft.

Nachstehend aufgeführte Wege bleiben bis auf Weiteres infolge chausseemäßigen Ausbaues für den öffentlichen Verkehr gesperrt:

1. Der Weg von Altbelz bis Plümenhagen.
2. der Weg vom Buchwald über Jamund bis Labus.
3. der Weg von Schwerinsthal über die Schwerinsthaler Eisenbahnbrücke.

Köslin, den 4. Juni 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
von Eisenhart-Rothe,
Landrat.

Freibank.

Freitag, den 6., von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr Abgabe von Nr. 741 bis 835. **Die Schlachthofdirektion.**

Liedertafel.

Die Uebungsstunde am 6. fällt aus. Nächste Uebungsstunde am **13. Juni.** Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.

Der Vorstand.

Jungsturmbataillon Nr. 8 zu Köslin.
Unterhaltungsabend

am Donnerstag, dem 5. Juni 1919, bei Lüdtke (Bergstraße), Anfang 8 Uhr, bestehend aus

Theatervorführungen, Musikvorträgen

der eigenen Kapelle usw.

Preise der Plätze: Loge 2.–, Sperrsitz 1.75, Saalplatz 1.50, Stehplatz 1.–.

Am

2. Pfingsttage

nachm. 3,30 Uhr findet in Parnow Abbau bei Ww. Treder ein

Missionsfest

statt, zu dem jedermann herzlich eingeladen wird.

Einen größeren Posten eiserner

I-Träger

hat abzugeben Gut Muttrin bei Großtychow.

Zigaretten

empfiehlt

Eduard Laabs.

Zitronen jede Menge
R. Jasmer.

Pelargonien

auch hängende, für Balkon und Gruppen, empfiehlt

Bernhard Wunsch,
Gartenbaubetrieb.

Weißkohl, Rotkohl-, Wirsingkohl-Pflanzen
jedes Quantum lieferbar.
Bernhard Wunsch,
Gartenbaubetrieb.

Eisenbier

wieder eingetroffen.

Eduard Laabs.

Bequeme

Gartenstühle

zu kaufen gesucht

Hohetorstr. 10.

Tanzlehrbuch
lehrt alle modernen Tänze, M. 2.50.
Asta-Verlag München 23/116.

Dem geehrten Publikum zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich meinen

Sommerbetrieb eröffnet

habe. Ich bitte daher, das mir vor dem Kriege erwiesene Wohlwollen bei Abhalten meiner Gartenkonzerte auch jetzt wieder zuteil werden zu lassen.

Die geehrten Vereine bitte ich, bei evtl. Veranstaltungen von Sommerfestlichkeiten sich freundlichst meiner zu erinnern.

Ich werde stets bemüht sein, nur das Beste zu bieten und sichere aufmerksamste Bedienung zu.

Auf dem Schützenplatz ist zum bevorstehenden Pfingstschießen für

Belustigung für alt und jung

gesorgt.

Um recht regen Zuspruch bittet

O. Weikert,
Schützenhaus.

Carl Günther, Mühlentorstr. 16,
im Hause des Konsum-Vereins.
Uhren-, Goldwaren- u. Brillen-Handlung.
Besichtigung des Lagers jederzeit ohne Kaufzwang gerne gestattet.
*** Reparaturen billig und zuverlässig ***

Preß-Torf

fuhrenweise frei Haus und waggonweise liefert
Handelsgesellschaft Raiffeisenscher Genossenschaften,
Köslin, Rogzower Allee 3.

Hans Lange, Dentist
Markt 28, I.
Zahnersatz nach neuestem Verfahren.
Gold-Kronen und Brückenarbeiten.

Feinste Tafelschokolade
R. Jasmer.

Garant. reinen Kakao
R. Jasmer.

Nähmaschinen, Dreschmaschinen, Elektromotore, Wirtschaftsmühlen
können wir noch prompt und billig liefern.
Für Reparaturen an landw. Maschinen stehen uns geschulte Monteure jederzeit zur Verfügung.
Böttcher & Andritzky,
G. m. b. H.,
Berlin S. O. 16, Köpenickerstr. 90.

1 gebr. Wagenachse u. 2 gebr. kl. Kummet-Geschirre
ohne Zaum und Leine billig zu verkaufen.
Baertl, Markt 28.

Kognak-Weinbrand
bietet an
Paul Kisle,
Hohetorstr. 10.

Heu und Stroh
kauft **A. Treptow.**

Ungarwein
(herb)
1/1 Liter-Flasche 7.– Mk.
empfiehlt
Eduard Laabs.

Kaffee
billiger R. Jasmer.

Jedermann
erzielt mühelos
Riesenverdienst.
Keine Schreibarbeit, keine Vertretung, kein Verkauf an Bekannte. Ganz neue Wege! Näheres
Friedrich Lorenz, Zerbst i. Anh., Postl. 14.

1 Hausdiener

der gut mit Pferden umzugehen versteht, sucht für sogleich
Neues Gesellschaftshaus,
Henkenhagen.

Tüchtiger Müller
sucht Stellung. Gefl. Angebote erbeten
E. Fischer, Belgard a. Pers.,
Johannishaus, Körlinerstr. 6.

Ich suche zum beliebigen Antritt für meine Praxis

gebildete junge Dame

als 2te zahnärztliche Hilfsschwester. Ehemalige Schwester bevorzugt, doch nicht Bedingung. Vorerst nur schriftliche Offerten mit den üblich. Angaben, evtl. Bild an
Zahnarzt Kuntz, Köslin.

Suche

gleich, Hausmädchen, die Gäste bedienen muß u. Hausmädchen für Land, die melken kann. Köchin u. Wirtin bei hoh. Lohn.
Frau Emilie Zimbehl,
gewerbsm. Stellenvermittlerin.
Junkerstr. 10, 1 Tr.

Wegen Verheiratung der jetzigen sucht zum 1. 7.

tüchtige Wirtin

oder mit ländl. Verh. vertr. Köchin.
Frau von Schmeling,
Güdenhagen bei Köslin.

Junge, gebildete Dame

sucht zum 1. 7. Stellung im vornehmen Hause, da bisher dort tätig. Land bevorzugt. Offerten erbittet
Frl. Ch. Muthschall
bei Frau Amtsvorsteher Pahl,
Köslin, Elisenstr. 17.

Suche zum 1. Juli erfahrene, zuverlässige

Mamsell,

tüchtig im Kochen, Backen, Einmachen, in Schlachterei u. Federviehzucht. Keine Außenwirtschaft. Durchaus selbständige Vertrauensstellung und
zu sofort oder später wegen Erkrankung der jetzigen tüchtige, einfache

Jungfer

oder besseres Hausmädchen, bewandert im Plätten u. Schneidern. Zeugnisse, Gehaltsansprüche, Bilder einsenden an
Frau von Dewitz,
Roman, Kr. Kolberg i. P.

Aufwartefrau

für 3 bis 4 Stunden am Tage gesucht. Stelle wird gut bezahlt.
Atelier Kannenberg.

Gut oder kleine Landwirtschaft mit gutem Wohnhaus (mindestens 6 Z.), nahe Köslin oder mit Schulzugverbindung bevorzugt, sucht bei hoher Anz. Lüdtke, Steinau bei Pronitten, Ostpr.

Mark 5000,–

zum 1. 10. auf sichere Hypothek zu vergeben. Näheres bei
Paul Kisle, Hohetorstr. 10.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5.

Villa,
Danzigerstr. 64, sofort verkäuflich. Näheres beim Besitzer Peters, 2. Etage.

Braune dreijährige

Stute,

zugfest, steht zum Verkauf
Kl. Baustr. 11.

Standesamtsnachrichten

für die Zeit vom 28. Mai bis 4. Juni d. Js.

Geboren: Knaben 4, Mädchen 4, Aufgebote 12, Eheschließungen 6, Gestorben: Zimmermann Willi Hintze, 27 J., Maurermeister Karl Schüttner, 70 J., verw. Arbeiter Henriette Frömming geb. Wedig, 68 J., verw. Böttchermeister Auguste Naase geb. Burzlaff, 73 J. verw. Landwirt Helene Klotz, geb. Reske, 57 J., led. Alma Loß, Fürsorgezögling 17 J., Schlosser Karl Krause, 45 J., Bürogehilfe Otto Schmidt 22 J., Maler Wilh. Mews Sohn Günther 7 Monate, verehel. Fleischerm. Berta Treichel, geb. Mach, 40 Jahre.

Donnerstag, den 5. Juni.

V. T. V.: abends 8 Uhr Versammlung bei Zels, Bergstr.
Handwerkerverein: abends 7 Uhr Versammlung bei Zels, Grünstr.
Jungsturmbataillon 8: abends 8 Uhr Unterhaltungsabend bei Zels, Bergstr.

Anzeigen aus Zanow.

Seifenstein
wieder vorrätig
Gottlieb Wittkamp.